

# Ungerechtigkeit und Hunger stoppen: Bäuerliche Rechte weltweit stärken!

## Aufruf an die Internationale Agrarminister:innenkonferenz

Berlin, 20. Januar 2024

Mit dem Thema „Ernährungssysteme der Zukunft: Gemeinsam für eine Welt ohne Hunger“ setzt sich das Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) wieder sehr große Ziele. Ambitionierte Ziele begrüßen wir sehr. Doch wir sind mittlerweile zum vierzehnten Mal in Folge zur „Wir haben es satt“-Demonstration und zum GFFA nach Berlin gekommen, unter uns viele Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren – und wir alle sind zutiefst besorgt! Besorgt angesichts der anhaltenden dramatischen Welternährungskrise, besorgt angesichts der **Lage auf den bäuerlichen Betrieben, die zum Zerreißen angespannt** ist. Besonders beunruhigt uns der Mangel an politischem Verständnis für die Situation der Bäuerinnen und Bauern, die im Zentrum des Ernährungssystems stehen. Auch die großen Bauernproteste der letzten Wochen in Deutschland zeigen den massiven agrarpolitischen Handlungsbedarf. Für die Betriebe braucht es wirtschaftliche Perspektiven und Planungssicherheit. Hierfür hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bereits Anfang Januar einen agrarpolitischen [6-Punkte-Plan](#) vorgelegt. Die Berichte der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission müssen Grundlage der jetzt anzupackenden Änderungen zum Umbau der Landwirtschaft sein.

Auch international beobachten wir diesen mangelnden Fokus auf Ernährungssysteme, die der bäuerlichen Produktion eine Zukunft und eine Stimme geben. Das zentrale **Versprechen des letztjährigen Communiqués, vor allem besondere Anstrengungen für marginalisierte und vulnerable Gruppen** zu unternehmen, ist nicht ausreichend angegangen worden. Der verstärkte Einsatz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist anzuerkennen, doch reicht er bisher nicht, um nationale und internationale Blockaden zu überwinden. Hier braucht es mehr Einsatz Aller. Gleichzeitig mangelt es an finanzieller Unterstützung für marginalisierte und vulnerable Gruppen. Große Fonds wie das Global Agriculture and Food Security Program (GAFSP) und andere Finanzierungsinstrumente müssen dringend reformiert werden – damit endlich die an Geld kommen, die es am dringendsten benötigen. Erneut müssen wir unser Fazit vom letzten Jahr bekräftigen: Eine Transformation der Ernährungssysteme sieht anders aus!

## Ungleichheit anpacken

Ungleichheit steigt global und in allen Bereichen unseres Lebens an. Ohne eine Verringerung der strukturellen Ungleichheiten innerhalb und außerhalb der Ernährungssysteme ist die Bekämpfung von Hunger und die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung schlicht nicht möglich. Der Expert:innen-Rat des UN-Welternährungsausschusses (UN Committee on World Food Security, CFS) hat klar gemacht: **Machtungleichheiten sind grundlegende Ursachen von Hunger und Ernährungsunsicherheit.** Starke Machtgefälle zwischen Ernährungskonzernen und bäuerlichen Produzent:innen, durch Marktkonzentration, unfaire Handelssysteme und den enorm ungleichen Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut prägen unsere Ernährungssysteme. Dieses System führt auch dazu, dass Saison- und migrantische Arbeitskräfte auf dem Land oft extrem unwürdigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Heute besitzen 0,6 Prozent der Betriebe weltweit 70 Prozent der globalen Ackerflächen. Eine Handvoll Saatgut-Konzerne kontrolliert den kommerziellen Saatgutmarkt. Diese Strukturen werden verschärft durch starke Ungleichheiten innerhalb und zwischen verschiedenen Ländern – oft auf Basis von Diskriminierungen durch Geschlecht, Alter, körperlicher oder geistiger Behinderung, Hautfarbe, Religion, Ethnie oder Klassenzugehörigkeit. Im Kontext dieser extremen Ungleichheiten kann die Ideologie des „freien Marktes“

nur zu noch mehr Ungleichheit führen. Stattdessen brauchen wir ein neues, faires Welthandelsparadigma, das auf Solidarität basiert und Ernährungssouveränität erzielt. Dafür benötigen wir u.a. **Politiken und Regulierungen sowie Finanzierungsinstrumente, die marginalisierte Gruppen priorisieren!** Wir fordern die Agrarminister:innen des GFFA auf: Stellen Sie sich dem Thema Ungleichheit, setzen Sie Fragen von Umverteilung – gerade auch mit Blick auf den Zugang zu Land, Wasser und Saatgut – auf die Agenda und beziehen Sie marginalisierte und vulnerable Gruppen und deren Lösungsansätze mit ein. Konkret: **Sichern Sie das bäuerliche Recht auf Teilhabe**, indem sie Bäuer:innen bei allen politischen Vorhaben und Programmen beteiligen, sobald diese ihr Leben und ihre Arbeit betreffen. Für einen gerechteren Zugang zu Land beispielsweise benötigt es eine globale Agenda für Agrarreformen, wirksame Programme für Jungbäuer:innen, Frauen und queere Menschen in der Landwirtschaft, sowie Maßnahmen gegen den weltweiten Ausverkauf von Land an außerlandwirtschaftliche Investoren und für eine sozial verträgliche Verteilung von Land. Das wäre ein positiver Schritt für die Umsetzung der bäuerlichen Rechte auf Land, Wasser und Saatgut.

### Umsetzungsschub für das Recht auf Nahrung

Vor 20 Jahren wurden die Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung international verhandelt und verabschiedet. Bislang wurde zu wenig für ihre Umsetzung getan. **Nutzen Sie das 20-jährige Jubiläum der Leitlinien zum Recht auf Nahrung:** Wir benötigen dringend einen globalen Umsetzungsschub für das Recht auf Nahrung. Mit den Leitlinien sind weitere wichtige Menschenrechtsinstrumente wie die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP), die UN-Erklärung über die Rechte von Bäuer:innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP) und die UN-Landleitlinien (VGGT) verknüpft, die endlich konsequent umgesetzt werden müssen. Wir fordern die Minister:innen des GFFA auf, sich **klar zum Recht auf Nahrung und dessen Umsetzung zu bekennen** – beispielsweise mit einem globalen Aktionsplan zum Recht auf Nahrung. Dieses Recht muss als Kompass für Ernährungspolitik weltweit angewendet und durchgesetzt werden. Und: Der Einsatz für Menschenrechte ist immer auch ein Einsatz gegen Ungleichheit!

### Dramatische Situation auf den Höfen in Deutschland

Wir Bäuerinnen und Bauern sind in immer größerer Sorge um unsere Höfe und die unserer Kolleg:innen weltweit. Täglich schließen in Deutschland 10 Betriebe ihre Tore, in 10 Jahren gingen 36.000 Betriebe verloren und weiterhin sind viele von uns wirtschaftlich in sehr großer Bedrängnis. In Europa haben wir in den letzten 15 Jahren 5 Millionen bäuerliche Betriebe verloren.

Unsere Höfe werden gebraucht! **Um besser zu werden beim Klimaschutz, Tierwohl oder Artenschutz braucht es viele Bäuerinnen und Bauern und vielfältige landwirtschaftliche Betriebe, die das umsetzen. Und wir sind dazu bereit.** Aber: Die Bundesregierung handelt zu zaghaft. Die Chancen, die geeinten Vorschläge der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission umzusetzen, haben die Bundesregierung und Sie, Herr Minister Özdemir, noch nicht ergriffen.

Ohne eine langfristige Finanzierung kann der Umbau der Tierhaltung nicht gelingen. Wir können und wollen nicht länger zu Weltmarktpreisen produzieren, solange diese nicht mal die Produktionskosten decken. Deswegen fordern wir faire Preise durch wirksame Regulierung der Märkte und durch Stärkung von uns Erzeuger:innen in der Lieferkette. Wir brauchen klare Rahmenbedingungen und planbare Richtungen. Wir müssen heute wissen, welche Vorgaben für unsere Ställe in den nächsten Jahren gelten werden und brauchen eine planbare Düngepolitik statt sich ständig ändernder Regelungen. Wir können uns auf viel einstellen und sind bereit, viel zu leisten. Stillstand schadet allen – den Höfen, dem Klima und der Umwelt. Deswegen: **Ampel, schalte auf Handeln!**

## Saatgut ist Gemeingut: Hände weg von den Scheinlösungen der Agrarindustrie

Der Verlust der Vielfalt auf dem Acker – der Agrobiodiversität – ist schwindelerregend. Dies gefährdet unsere Widerstands- und Reaktionsfähigkeit gegen die Klimakrise, welche die Bäuerinnen und Bauern weltweit besonders trifft. Um den Verlust der Agrarbiobiodiversität aufzuhalten und den unermesslichen bäuerlichen und indigenen Beitrag zur Welternährung und zur Biodiversität anzuerkennen, formulierte die internationale Staatengemeinschaft mehrere sich ergänzende Regeln, wie das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), den Internationalen Saatgutvertrag (ITPGRFA), die UN-Erklärungen UNDROP und UNDRIP. Diese Instrumente und die darin verankerten Rechte müssen endlich effektiv umgesetzt werden. Dazu müssen sie in die nationale Gesetzgebung überführt werden. Denn **ohne bäuerliche (Saatgut-) Vielfalt wird es keine Überwindung des Hungers geben.**

An alle Minister:innen aus der EU appellieren wir: Nutzen Sie die Reform der EU-Saatgutverordnungen für die Umsetzung der bäuerlichen Rechte aus ITPGRFA und UNDROP. Vor allem aber: Stoppen Sie die Deregulierung der Gentechnik in der EU. Sichern Sie auch in Zukunft, dass Bäuer:innen und Konsument:innen sich für Gentechnikfreiheit vom Saatgut bis zum Essen entscheiden können. Setzen Sie sich für wirksame Schutzmaßnahmen gegen Gentechnik-Kontamination unseres Saatguts und unserer Lebensmittel und Umwelt ein. Sorgen Sie für Umsetzung des Vorsorgeprinzips, des Verursacherprinzips und Haftungsregelungen. Stoppen Sie Patente auf Pflanzen und Tiere.

## Die Zeit rennt: Herr Minister Özdemir, werte Minister:innen des GFFA, handeln Sie jetzt entschlossen für das Menschenrecht auf Nahrung und die Rechte von Bäuerinnen und Bauern weltweit!

Bäuer:innen weltweit erwarten vom GFFA unter dem Vorsitz von Ihnen, Minister Özdemir, ein entschiedenes Handeln für Ernährungssouveränität, Menschenrechte und die strukturelle Bekämpfung von Hungerursachen. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte und Kriege, wie in der Ukraine, dem Gazastreifen, in Myanmar, im Sudan oder in so viele anderen Regionen dieser Welt: Menschenrechte und das Recht auf Nahrung müssen handlungsleitend sein! Wir stehen in Solidarität mit allen Zivilist:innen, die unter diesen Konflikten leiden und deren Menschenrechte verletzt werden.

**Von Ihnen, den internationalen Agrarminister:innen, die beim GFFA zusammenkommen, und insbesondere von Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister Özdemir, fordern wir deshalb:**

**Mit Blick auf die Welternährungskrise:**

1. ein starkes Signal der Agrarminister:innen-Konferenz zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung. Dazu sollte ein globaler Aktionsplan zum Recht auf Nahrung erarbeitet werden.
2. sich gemeinsam bei den diesjährigen Verhandlungen im Welternährungsausschuss (CFS) für starke, menschenrechtsbasierte Politikempfehlungen zur Überwindung von Ungleichheit einzusetzen – und schon jetzt Sofortmaßnahmen im CFS zu entwickeln.
3. Engagement für einen starken und aktiven Krisenmechanismus beim CFS.
4. bei der akuten Reaktion auf die Welternährungskrise die Hilfe endlich auf die Produzent:innen zu fokussieren, die sich in der agrarökologischen Transformation befinden – und Finanzierungsprogramme wie GAFSP so zu reformieren, dass Produzent:innen direkt auf die Gelder zugreifen können.
5. vor allem Maßnahmen zu unterstützen, die der Ernährungssouveränität und der Transformation der Ernährungssysteme dienen.
6. sich dazu zu verpflichten, nationale und multilaterale Strategien zur Umsetzung der Bauernrechte-Erklärung (UNDROP) zu entwickeln.

**Mit Blick auf bäuerliche Saatgutvielfalt und Gentechnik:**

7. bäuerliche Rechte im Sinne des Internationalen Saatgutvertrags (ITPGRFA) und der UNDROP durch Reformen von nationalen und regionalen Saatgut-Gesetzgebungen zu stärken und UNDROP zu einem zentralen Instrument der laufenden EU-Saatgutreform zu machen.
8. das Recht auf gentechnikfreie konventionelle und ökologische Züchtung, Lebensmittelerzeugung und Ernährung weiterhin zu sichern. Auch neue Gentechniken sind Risikotechnologien und müssen strikt reguliert bleiben. Das EU-Vorsorgeprinzip ist zu stärken und muss umgesetzt werden, das Vorsorgeprinzip des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) ist konsequent weltweit anzuwenden.
9. bäuerliche Saatgutarbeit und bäuerliche Saatgutssysteme auch finanziell zu stärken, z.B. durch Förderung bäuerlicher Saatgutbanken und Fortbildungsprogramme. Auch hier braucht es bessere Finanzierungsprogramme, welche die vulnerablen Gruppen direkt erreichen.
10. Gesetze zu geistigem Eigentum an Saatgut so zu reformieren, dass bäuerliche und indigene Rechte geschützt sind; die Patentierung von Saatgut und Leben global zu verbieten und das Recht auf Nachbau global durchzusetzen.

**Mit Blick auf Zugang zu Land:**

11. senden Sie ein Signal gegen die gewaltig gestiegene Konzentration von Land in den Händen weniger Investoren und Firmen. Setzen Sie sich für eine internationale Konferenz zu Agrarreformen unter der Leitung der FAO ein, um auf Basis des Völkerrechts (UNDROP, VGGT) eine globale Antwort auf die dramatische Landkonzentration und Frage der sozial verträglichen Verteilung von Land zu geben.
12. nutzen Sie steuerpolitische Maßnahmen zur Steuerung einer breiten und gerechteren Verteilung von Land. In Deutschland könnte dazu die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes für Akteur:innen mit stark überdurchschnittlichem Landbesitz beitragen und gleichzeitig zusätzliche Steuereinnahmen für die notwendige Transformation generieren.